

II-11480 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5547/J

1993 -II- 10

ANFRAGE

der Abgeordneten Haller, Dolinschek, Mag. Haupt
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Ersatz der Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbssteuer an die Pensionsversicherung nach GSVG

Die Regierungsvorlage zur bevorstehenden Steuerreform sieht bekanntlich den vollständigen Entfall der Gewerbesteuer vor. Sie enthält aber keinerlei Regelung, wie der Entfall der Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer nach § 34 GSVG in Zukunft wettgemacht werden soll.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Wie werden Sie die Finanzierung der Pensionsversicherung nach GSVG ab 1994 sicherstellen, da mit diesem Zeitpunkt die Gewerbesteuer – und damit auch die Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbssteuer an die Pensionsversicherung nach GSVG – entfallen wird?
2. Warum haben Sie der Regierungsvorlage zur Steuerreform im Ministerrat Ihre Zustimmung erteilt, wenn dieser für die Sozialversicherung wichtige Punkt noch ungeklärt ist?
3. Welche gesetzliche Änderungen streben Sie an, damit auch weiterhin der bisher aus den Einnahmen der Gewerbesteuer stammende Anteil aus dem Budget und nicht von den Beitragszahlern bezahlt wird?

Wien, am 10. November 1993